

Demokratie braucht Zeit

Burmas Militär hat die Hoffnungen gedämpft, dass man einen Durchbruch auf dem Weg zur Demokratie erreicht habe. Einer der führenden Militärs erklärte, dass es Zeit brauche, um eine Demokratie aufzubauen und dass man nie dem westlichen Modell folgen werde.

Die Nachricht, dass Mitglieder des herrschenden Militärs geheime Gespräche mit der Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi geführt haben, hatten die Hoffnung genährt, dass man die politische Sackgasse endlich verlassen könne.

Die offizielle Zeitung Kyemon zitierte jedoch Generalleutnant Khin Nyunt, erster Sekretär des regierenden ›State Peace and Development Council‹ (SPDC), der geäußert hatte, dass Myanmar internationalem Druck, eine

Demokratie nach westlichem Muster zu werden, nicht nachgeben werde. »Man kann sehen, dass einige große neo-kolonialistische Länder sich einmischen und an allen Fronten Druck auf Myanmar ausüben, um die Adoption eines demokratischen Systems nach ihrem Vorbild zu erzwingen«, so Khin Nyunt. »In Wirklichkeit ist es unmöglich, das gleiche demokratische System in allen Ländern einzuführen, da sie sich in ihrem historischen Hintergrund, geographischen Gegebenheiten, nationalem Charakter, Traditionen und Kultur, in der Evolution ihrer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen unterscheiden.«

»Es ist eine gewisse Zeit notwendig, die nationale Politik zu implementieren und ein diszipliniertes und dauerhaftes demo-

kratisches System zu schaffen, das am besten zu den Wünschen aller Nationalitäten passt«, so der mächtige Geheimdienstchef.

Das burmesische Militär, das bereits seit 1962 regiert, behauptet, dass es eine Demokratie aufbauen wolle, sagt jedoch, dass zu frühe politische Reformen Anarchie und nationale Disintegration verursachen würden.

Das Militär scheint nun versöhnlichere Töne anzuschlagen. Artikel und Comics, die die NLD angreifen und normalerweise ständig in den offiziellen Zeitungen waren, erscheinen plötzlich nicht mehr. Die Chancen für einen schnellen Durchbruch stehen dennoch schlecht. Khin Nyunt sagt, andere Länder sollten aufhören, sich in die Angelegenheiten Myanmars einzumischen.

Oppositionspolitiker frei

Als weiteres Zeichen sich verbessernder Beziehungen zwischen Burmas Militärregierung und der Opposition, wurden Ende Januar 2001 84 Mitglieder der ›National League for Democracy‹ (NLD) freigelassen, wie die NLD mitteilte.

Unter den 84 Männern und Frauen waren Parteimitglieder, die im April, August und September 2000 festgenommen worden waren. Sie wurden in kleinen Gruppen aus Rangoons Insein-Gefängnis entlassen.

Die Freilassung kam zu einem Zeitpunkt, zu dem die Spannungen zwischen der NLD und dem herrschenden Militär aufgrund geheimer Gespräche zwischen den beiden Seiten während der vergangenen vier Monate etwas nachlassen. Durch diese Gespräche soll der über ein Jahrzehnt dauernde politische Stillstand in Burma aufgebrochen werden. (siehe weitere Nachrichten in diesem Heft.)

Suu Kyi, die Parteiführerin, hingegen bleibt praktisch unter Hausarrest. »Ich werde mit meinen Partei-Aktivitäten weitermachen«, so einer der Freigelassenen, Ma Khine. »Ich war zum dritten Mal im Gefängnis und es war hoffentlich mein letztes Mal.«

Einer der NLD Führer sagte, die meisten der 84 seien Mitglieder der NLD Jugend. 31 waren im April 2000 verhaftet worden, als Suu Kyi versuchte, den Jugendflügel der Partei in Rangoon zu organisieren. Zwei weitere waren im August festgenommen worden, nachdem Suu Kyi versucht hatte, außerhalb der Hauptstadt zu reisen und neun Tage lang von den Behörden an der Weiterfahrt gehindert worden war. Die restlichen 51 wurden am 22. September verhaftet, als die NLD Führerin versuchte, mit dem Zug nach Mandalay zu reisen.

Alle anlässlich dieses Ereignisses Verhafteten seien nun wieder auf freiem Fuß, so die NLD. Die Burmesische Regierung kommentierte die Freilassungen zunächst nicht.

Suu Kyi und sieben weitere NLD Führer waren am 22. September 2000 unter Hausarrest gestellt worden, die Reise-Beschränkungen waren jedoch für alle — außer Suu Kyi und den Partei-Vorsitzenden Aung Shwe — am 1. Dezember wieder aufgehoben worden. Der stellvertretende Parteivorsitzende Tin Oo (74) war in einem Militärcamp in Haft, wurde jedoch inzwischen ebenfalls freigelassen.

Myo Nyunt, ein Mitglied des NLD Jugendflügels, sagte, er sei fest davon überzeugt, dass seine Freilassung das Ergebnis der ersten Gespräche zwischen Suu Kyi und den Top Generälen seit sechs Jahren gewesen sei. »Ich bin sehr froh darüber, dass Gespräche begonnen wurden. Ich bin zuversichtlich, dass die Beschränkungen für Daw Suu, U Aung Shwe und U Tin Oo sehr bald ebenfalls aufgehoben werden.«

In der Zwischenzeit, war das NLD Hauptquartier voll von aufgeregten Parteimitgliedern, die die Freigelassenen begrüßten. Die meisten meinten, sie seien nicht schlecht behandelt worden. Ma Khine sagte, sie seien ohne Bedingungen freigelassen worden.

Die staatlichen Medien haben mit ihren üblichen Angriffen auf Suu Kyi aufgehört und westliche Quellen in Rangoon gaben an, dass man mit den routinemäßigen Belästigungen der NLD Parteimitglieder auf dem Land aufgehört habe. Die Pro-Demokratie Kräfte haben ebenfalls ihre Statements gegen das Militär etwas zurückgenommen.

vgl. AP, 20.1.2001

nachrichten

schen. »Diese unpassende Einmischung und Einfluss werden den Demokratisierungsprozess in Myanmar behindern«, wurde er zitiert.

Bei einem Treffen in Laos zwischen den Ministern der EU und der ›ASEAN‹ im Dezember 2000 stimmte Burma dem Besuch einer EU-Delegation zu. Die Delegation besuchte Burma Ende Januar 2001.

vgl. rtr, 18.1.2001

Politisches Gefängnis für Burmas Norden

Es scheint, als ob Burmas Militärregierung ein neues Gefängnis für politische Gefangene im abgelegenen Norden des Landes baue, so die Aussage von Dissidenten und dort lebenden Menschen. Das Gefängnis wird in der Nähe der Stadt Putao gebaut, die nur aus der Luft von der Hauptstadt des Kachin-Staates Myitkyina, aus erreicht werden kann. Es wurden Häftlinge beim Bau des Gefängnisses gesehen. Nach Angaben ihrer Wärter handelte es sich dabei um politische Gefangene. Laut burmesischen Dissidenten hatte das Internationale Komitee des Roten Kreuzes (IKRK) seit über einem Jahr Zugang zu allen Insassen der Gefängnisse des Landes. Indem man die politischen Häftlinge im Norden des Landes isoliert, würde die burmesische Regierung dem Roten Kreuz den Zugang sehr erschweren. Das IKRK würde darauf beschränkt sein, nur verurteilte Kriminelle zu besuchen. Man nimmt an, dass in Burmas Gefängnissen mindestens 1000 politischen Häftlinge sitzen. Die Regierung weigert sich jedoch zuzugeben, dass sie politische Häftlinge gefangen hält.

vgl. FEER, 2.1.2001

nach richten

Karen fliehen vor einer Politik der verbrannten Erde

Konzentrierte Angriffe der burmesischen Armee gegen Karen-Guerillas haben im Osten Burmas zu bis zu 30.000 Vertriebenen geführt, so die Aussage westlicher Helfer. Die Armee hat in den vergangenen Monaten in den Bergen zwischen dem Sittang- und Bilin-Fluss versucht, durch eine Taktik der verbrannten Erde die separatistische *Karen National Union* (KNU) von ihrer Unterstützungsbasis abzuschneiden, meinten die Helfer, die ihre Basis in Thailand haben, aber auch Flüchtlingen jenseits der Grenze helfen.

Ein Dorf nach dem anderen wurde niedergebrannt, die Bewohner sind in die umliegenden Berge geflohen. Die Helfer sind besorgt über das Wohlergehen der Karen und sind der Ansicht, dass viele verhungern oder an Krankheiten wie Malaria, Typhus und Durchfall leiden.

Die *Karen National Union* ist eine der wenigen ethnischen Rebellen-Armeen in Burma, die keinen Waffenstillstand mit der Regierung abgeschlossen haben. Sie hat noch einige tausend Guerillas in den östlichen Bergen. Der Krieg hat über 100.000 Zivilisten dazu gezwungen, in thailändischen Lagern Zuflucht zu suchen und der aktuelle Vorstoß der burmesischen Armee könnte einen weiteren Flüchtlingsstrom auslösen.

vgl. FEER, 18.1.2001

Führende Staaten der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) atmen nach der Bekanntgabe eines UN-Sondergesandten, dass die burmesische Militärregierung endlich zu Gesprächen mit Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi bereit sei, sicherlich auf. Burmesische Pro-Demokratie-Aktivistinnen haben der ASEAN und westlichen Regierungen oft vorgeworfen, die burmesische Militärregierung zu legitimieren, indem sie sich nicht gegen Wirtschaftsabkommen aussprechen.

Die Junta scheint jedoch den Druck der internationalen Wirtschaftssanktionen endlich zu spüren. Pro-Demokratie-Aktivistinnen glauben, dass sie ein Hauptfaktor gewesen seien, das Regime die Notwendigkeit eines Dialoges mit Aung San Suu Kyis National League for Democracy (NLD) realisieren zu lassen.

Das Militärregime, als *State Peace and Development Council* (SPDC) bekannt, stand unter immenssem Druck der internationalen Gemeinschaft, einen politischen Dialog zu starten und als ersten Schritt die Demokratie im Land wieder herzustellen. Die Junta steht auch unter starker internationaler Kritik wegen der Menschenrechts-Exzesse. Es beinhaltet willkürliche Verhaftungen, Folter, Zwangsumsiedlung von Zivilisten und Zwangsarbeit. Das Regime wird außerdem beschuldigt, sich gegenüber dem großangelegten Drogenhandel auf dem Land blind zu verhalten, was zu vehementen Protesten aus dem benachbarten Thailand geführt hat.

Der UN-Sondergesandte für Burma, Razali Ismail aus Malaysia, gab nach einem fünftägigen Besuch in Rangoon bekannt, dass Suu Kyi und das Militärregime Ende Dezember 2000 Gespräche geführt haben. Nach Zeitungsangaben hat die burmesische Pro-Demokratie-Führerin und Friedensnobelpreisträgerin mit dem Militärregime vorläufige Beratungen gestar-

Sanktionen vermutet

tet. »Sie sprechen über die Themen, die sie diskutieren werden«, so ein Diplomat.

Pro-Demokratie-Aktivistinnen sagen, dass der erste Kontakt zwischen Aung San Suu Kyi und den Militärführern nach sieben Jahren dazu dienen soll, ein Übereinkommen über die Art des kommenden Dialoges zu erreichen. »Man hofft, so aus der langanhaltenden politischen Sackgasse herauszukommen. Wir sehen es als positiven Schritt vorwärts in Richtung der politischen Transformation des Landes«, so die *All Burmese Students' Democratic Front* (ABSDF).

Trotz des Sieges bei den Parlamentswahlen 1990 wurde die Macht von den Militärherrschern nicht an die NLD abgegeben. Suu Kyi steht seit dem 22. September 2000 wieder unter Hausarrest, nachdem sie zweimal versucht hatte, Rangoon zu verlassen.

Die Pro-Demokratie-Aktivistinnen sind froh über Razalis Rolle. Malaysias permanenter Gesandter bei den Vereinten Nationen hat seit seiner Ernennung zum Sondergesandten im April letzten Jahres dreimal Burma besucht. Seine Besuche in Rangoon erfolgten kurz nach dem Besuch des malaysischen Premierministers Mahathir Mohamad.

Malaysia gehört zu den wenigen Ländern, bei denen die burmesische Regierung bereit ist, zuzuhören. Malaysia hat das Land traditionell verteidigt, auch angesichts internationaler Kritik und der Forderung nach mehr Offenheit. In einem Interview sagte der burmesische Außenminister Khin Maung Win: »Da Razali aus Asien ist, glaube ich, dass er ein besseres Verständnis für die Probleme hat.«

Kuala Lumpur spielte eine Schlüsselrolle, als es 1997 um die Aufnahme Burmas in die *Association of Southeast Asian Nations* ging, besonders angesichts der Proteste der westlichen Welt und der Vorbehalte anderer ASEAN Mitglieder.

Burmas Mitgliedschaft hat seitdem die Beziehungen der ASEAN mit dem Westen überschattet und die ASEAN Hauptstädte oft in delicate diplomatische Situationen gebracht.

Länder wie Thailand haben sehr wortstark zu mehr politischer Offenheit in Burma geraten und über die Menschenrechtssituation in dem Land gesprochen. Kritiker haben jedoch die Haupt-ASEAN Nationen beschuldigt, das Militärregime in Rangoon zu stützen, indem sie wirtschaftliche Investitionen in das Land unterstützten.

Malaysische Firmen haben in den vergangenen zwölf Jahren 587 Millionen US-Dollar in 25 Projekte in Burma investiert. Malaysia ist der viertgrößte ausländische Investor in Burma nach Singapur, Großbritannien und Thailand.

Thailands staatlich Ölgesellschaft, die Petroleum Authority of Thailand (PTT), und die malaysische staatliche Ölgesellschaft Petronas sollen planen, in Süd-Burma eine Erdgasförderanlage zu bauen. Petronas ist auch Partner in der 650 Millionen US-Dollar Yetagun-Gasfeld Entwicklung innerhalb eines Konsortiums, das britische, thailändische und japanische Ölfirmen umfasst.

Die Pro-Demokratie-Aktivistinnen haben die Ankündigung als »historischen Durchbruch« bezeichnet. »Das ist ein wirklich historischer Durchbruch nach 12 Jahren Kampf. Wir sind sehr optimistisch. Das ist das positivste Zeichen, das wir seit der Wahl 1990 gesehen haben«, sagte der ABSDF in einer Presseerklärung.

vgl. Asia Times: 12.1.2001